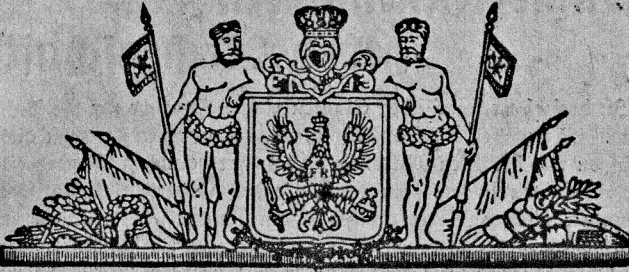


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur i. V.: Julius Eibau. Verantwortl. für den Gesamthalb (außer Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksl. unverl. Manusk. ist Porto beizufüg.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Und doch Revision!

Poincaré in der Verteidigung

Paris, 29. August | Ullstein-Nachrichtendienst

In einem von der „Illustration“ veröffentlichten Artikel setzt sich heute Raymond Poincaré mit der Forderung nach einer Revision der deutschen Ostgrenze auseinander. Seine Ausführungen stehen, so ansehnlich im einzelnen die darin vertretenen Thesen und Gedankengänge sind, durch ihre Ruhe und Sachlichkeit, die eine ernsthafte Auseinandersetzung ermöglichen, in wohlthuendem Gegensatz zu dem hysterischen Geschrei führender Organe der französischen öffentlichen Meinung, denen die Scharfmacherei und die Vergiftung der deutsch-französischen Beziehungen zum Selbstzweck geworden ist.

Deutschlands Recht auf die Forderung nach einer Revision der Verträge, die den meisten französischen Rechtspolitikern schon an sich als Sakrileg gilt, wird von Poincaré nicht bestritten. Im Gegenteil, er selbst erinnert daran, daß der Versailler Vertrag seit seiner Unterzeichnung bereits eine ganze Reihe von Abänderungen erfahren habe durch den Verzicht der Alliierten auf den berechtigten Auslieferungssparagrafen, durch die wiederholte Reduktion der deutschen Zahlungsverpflichtungen, die Minderung der Abrüstungsbestimmungen und nicht zuletzt durch die vorzeitige Räumung des Rheinlandes.

Auch das Recht Deutschlands, auf Grund des Artikels 19 die Frage einer Grenzberichtigung im Osten vor den Völkerbund zu bringen, erkennt Poincaré ausdrücklich an. Aber, so wendet er ein, der Völkerbundrat werde zunächst zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen des Artikels 19, der die Revision von Verträgen und internationalen Verhältnissen von der „Unanwendbarkeit“ oder aber von einer „ernsthaften Gefährdung des Friedens“ abhängig mache, tatsächlich gegeben sind, und dabei werde sich vielleicht herausstellen, daß nicht die Aufrechterhaltung der deutschen Ostgrenzen, sondern die Halsstarrigkeit, mit der Deutschland ihre Aenderung verlange, den Frieden gefährde.

Poincaré selbst scheint sich allerdings bereits beim Schreiben der Schwäche dieses Arguments bewußt gewesen zu sein. Er fügt ihm als zweites den Hinweis auf die Einstimmigkeit hinzu, die nach Artikel 5 für eine Entscheidung des Völkerbundes erforderlich sei, ist aber objektiv genug, anzuerkennen, daß, wenn in Ermangelung dieser Einstimmigkeit der Gegensatz zwischen den interessierten Mächten sich verschärfen sollte, die strittige Frage auf Grund des Artikels 13 einer schiedsgerichtlichen Lösung unterworfen werden kann. Auf jeden Fall aber sei hierfür die Zustimmung der beteiligten Regierungen erforderlich, und nach den jüngsten Erklärungen Jalekis sei von polnischer Seite kaum damit zu rechnen.

Auf der anderen Seite leugnet Poincaré nicht, daß es auch in Frankreich zahlreiche Politiker und gute Patrioten gibt, die der Ansicht sind, daß Frankreich keinen Anlaß habe, es wegen Polen zu einem Konflikt mit Deutschland kommen zu lassen, sondern daß es vielmehr an Polen sei, nachzugeben, oder sich mit dem Konflikt abzufinden. Poincaré selbst bleibt bei 1919.

Für den Korridor, führt er aus, sei neben der Notwendigkeit, Polen einen Zugang zum Meere zu schaffen, nicht nur die Tatsache ausschlaggebend gewesen, daß die Bevölkerung dieses Gebiets in ihrer Mehrheit polnisch gewesen sei, sondern auch vor allem die Erwägung, daß Ostpreußen bis zum Jahre 1866 (?) nicht zum Deutschen Reich gehört habe und nach dem Eingeständnis namhafter deutscher Historiker nicht eigentlich deutsches Stammland, sondern nur eine deutsche Kolonie sei.“ (1)

Was würde wohl Poincaré dazu sagen, wenn eines Tages Mussolini sich auf das Gebiet von Nizza, Savoyen und überhaupt darauf besinnen würde, daß zum mindesten die Hälfte von Frankreich einst römisches Kolonialgebiet gewesen ist und wenn er darauf entsprechende Ansprüche gründen würde. Ist das Elsass etwa nicht deutsches Stammland?

Noch schwächer ist seine Argumentation für Oberschlesien. Poincaré gibt zu, daß Oberschlesien nicht zum polnischen Königreich gehört habe, als dieses aufgeteilt wurde. Dagegen sei im Jahre 1919 die Bevölkerung in ihrer Mehrheit unzweifelhaft polnisch gewesen, und da bei der Abstimmung 673 Gemeinden für Polen und nur 230 für Deutschland gestimmt hätten, sei eine Teilung unvermeidlich gewesen, die angesichts der unentwärtbaren Befleckung der Interessen weder Deutschland noch Polen voll befriedigt habe.

Poincaré weiß recht wohl, aber er verschweigt es, daß das Übergewicht der russischen Stimmen ausschließlich auf die hun-

dertausende polnischer Arbeiter zurückzuführen war, denen die von Deutschland aufgebaute und in deutschen Händen befindliche oberschlesische Industrie seit Jahrzehnten Arbeit und Brot gegeben hat, genau wie heute die nordfranzösischen Kohlenzechen hunderttausende polnischer Bergleute beschäftigen, ohne daß Frankreich deshalb wohl einen polnischen Anspruch auf dieses Gebiet anerkennen würde.

Trotzdem aber kann Poincaré das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, eine sachliche Basis für die ernsthafte Diskussion eines der heikelsten Nachkriegsprobleme geschaffen zu haben. Gewiß, eine Lösung liegt noch im weiten Felde. Sie wird bei allseitigem guten Willen gefunden werden können, sobald man sich auch im Lager der Sieger zu der Erkenntnis durchgerungen haben wird, daß nicht die sture, allen Vernunftsgründen unzugängliche Aufrechterhaltung einer noch unter dem Einfluß der Kriegspsychose geschaffenen politischen Neuordnung der Frieden Europas zu garantieren vermag, sondern daß neue Verwicklungen und Kriege nur verhütet werden können, wenn man rechtzeitig die Konfliktursachen aus der Welt schafft. Dazu gehört allerdings, wie die Geschichte zeigt, mehr Mut als zum Kriegführen selbst. L. St.

Vorstands-Wechsel bei der D.-D.-Bank

Ausscheiden Dr. Fehrs / Gerüchte um Dr. Bonn und Dr. v. Stauff

In den gestrigen Abendstunden fand unter Vorsitz Oscar Wassermanns in der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft eine Sitzung des Vorstandes statt, die mit einem für die Deffektivität sensationellen Ergebnis endete: Direktor Selmar Fehr, der erste Börsen-Direktor der Bank, scheidet Ende des Jahres aus dem Vorstand der DD-Bank aus, um als persönlich haftender Gesellschafter in das der DD-Bank nahestehende Berliner Privatbankhaus Georg Fromberg u. Co. einzutreten. Die Wahl Fehrs in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank ist für die nächste ordentliche Generalversammlung in Aussicht genommen.

Ferner scheidet Dr. Paul Bonn, der in der DD-Bank das Auslandsgeschäft bearbeitete, im Spätherbst aus dem Vorstand. Dr. Bonn tritt voraussichtlich im November im Auftrage der DD-Bank eine Ostasienreise an, um die wirtschaftlichen Verhältnisse in den ver-

schiedenen Ländern des Ostens eingehend zu studieren. Diese Reise wird Dr. Bonn längere Zeit von Deutschland fernhalten. Das Ausscheiden beider Vorstandsmitglieder hat schon vor geraumer Zeit den Aufsichtsrat der DD-Bank beschäftigt, und Gerüchte, die aber bis zur letzten Minute von der Bankleitung unverständlicherweise in Abrede gestellt wurden, waren seit langem an der Börse in Umlauf.

Diese Gerüchte wollten wissen, daß Dr. Georg Emil von Stauff, der für die kommende Reichstagswahl als Kandidat der Deutschen Volkspartei aufgestellt ist, ausscheiden werde. Diese Gerüchte treffen aber, wie nunmehr offiziell bekanntgegeben wird, in keiner Weise zu. von Stauff bleibt nach wie vor Vorstandsmitglied der DD-Bank.

Ueber die Einzelheiten der Personalveränderungen berichten wir im Finanz- und Handelsblatt.

Brüning spricht in München

München, 29. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Während Adolf Hitler im Zirkus Krone über „Weltgeschichte in Tautenhäuser“ Witz machte und Herr v. Reudell im Hotel Union für Lettow-Vorbeck und die Volkstonservativen warb, tagten Zentrum und Bayerische Volkspartei gemeinschaftlich im historischen Bürgerbräukeller, dem einstigen Schauplatz des Hitler-Putschs.

Reichszugler Dr. Brüning wurde von seinen bayerischen Weltanschauungsfreunden stürmisch gefeiert, und für das Zentrum der „Freundschaft unter gegenseitiger Achtung“ versichert. Vor überfülltem Saal sprach er über den „Sinn der Wahl“, nach ihm Abgeordneter Schaeffer, der Landesführer der Bayerischen Volkspartei über bekannte föderalistische Grundzüge und finanzielle Deschwernisse Bayerns.

Von begeisterten Beifallsrufen unterbrochen, bezeichnete Dr. Brüning den Abend im Bürgerbräukeller als ein geschichtliches Ereignis, als den Hoffnungsschimmer für das Zentrum, als ein gutes Omen für Treue und immer enger werdende Waffenbrüderschaft der beiden Parteien. Dann setzte er das gemeinsame Ziel auseinander, das darin gipfelt, dem deutschen Volk realpolitische Wahrheit und Klarheit zu vermitteln, insbesondere in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Am 14. September gehe es um die Gesundung des demokratischen und parlamentarischen Systems.

Diejenigen führten das Volk irre, die, wie die Deutschnationalen, alles Unglück auf die Reparationen zurückführten, statt aus eigenem freien Entschluß Ordnung und Solidität im Innern herzustellen. Es sei genug geredet. Nun müsse endlich Politik auf lange Sicht gemacht und gearbeitet werden: Sparsamkeit und Planarbeit, keine Ausgaben ohne entsprechende Einnahmen!

Fürst Bülow: Denkwürdigkeiten

Der Abdruck aus Bülows politischen Erinnerungen beginnt Dienstag in der „Vossischen Zeitung“.

Brünings Ausführungen waren von minutenlangem, brausen-dem Beifall gefolgt. Die Versammlung sang das Deutschlandlied.

In einem Spitzenartikel des hiesigen führenden Organs der Bayerischen Volkspartei, des „Bayerischen Kuriers“, steht Dr. Brüning heute abend die Notwendigkeit „klarer Führung und klarer Verantwortung“ auseinander. Nicht die Parteien dürften führend sein, sondern das Kabinett. Das Kabinett müsse die Verantwortung übernehmen und die Entscheidungen möglichst im Plenum des Reichstags selbst suchen. Nur so erziele man eine klare Verantwortung als Grundlage der Demokratie.

Morgen früh fährt der Reichszugler Dr. Brüning nach Frankfurt a. M.

Neues Attentat in Indien

London, 29. August | Ullstein-Nachrichtendienst

In der Stadt Dalkar wurde heute vor dem Krankenhaus ein Attentat auf den Generalinspektor der Provinzpolizei und auf einen Polizeiaustrittungschef verübt. Der Generalinspektor wurde getötet und der andere höhere Polizeibeamte ist lebensgefährlich verwundet. Der Attentäter entkam. Zwei andere wurden verhaftet.

Gronau dankt Guérard

Der Ozeanflieger von Gronau hat dem Reichsverkehrsminister von Guérard auf das Glückwunschtelegramm wie folgt geantwortet: „Für die Worte der Anerkennung sowie für das freundliche Geschenk spreche ich meinen gehorsamsten Dank aus.“

Damit ist erwiesen, daß der jüngste Ozeanflieger die lebenswürdige Anspielung, die in der Auswahl des „Prinzen von Homburg“, des unbotmäßig Erfolgreichen,